

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und DIE LINKE

Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft gestalten – Erinnerungskultur stärken, falschen historischen Gleichsetzungen entgegentreten

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zur historischen und politischen Verantwortung für die deutsche Geschichte. Dazu gehört die Aufklärung über das nationalsozialistische Regime als fortwährende Aufgabe. Auch die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte bleibt fester Bestandteil gesamtgesellschaftlicher Reflektion in Mecklenburg-Vorpommern. Die Erinnerung an die Opfer und die Würdigung ihrer Schicksale sind ein fester Bestandteil der demokratischen politischen Kultur unseres Landes.
2. Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft gestalten. Die Versuche, unsere freiheitliche Demokratie mit Diktaturen und rechtsstaatliche Maßnahmen mit der Verfolgung von Menschen in der NS-Zeit gleichzusetzen, zeugen von historischer Unkenntnis und verhöhnern die Opfer des Nationalsozialismus. Deshalb ist es wichtig, an die nationalsozialistischen Verbrechen zu erinnern, der Opfer zu gedenken und die Menschen zu ehren, die Mut zeigten und sich Diktaturen widersetzen. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern fordert die Landesregierung deshalb auf, die Erinnerungskultur und insbesondere die Gedenkstätten im Land als zentrale Orte der historisch-politischen Bildungsarbeit sowie als wichtige außerschulische Lernorte zu stärken und angemessen auszustatten.
3. Durch die Verharmlosungen der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden im aktuellen Protestgeschehen bleibt die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus eine vordringliche Aufgabe. Der Landtag begrüßt deshalb die Einrichtung einer Meldestelle durch die Landesregierung, die antisemitische Vorfälle erfasst und Betroffenen ein Beratungsangebot unterbreitet. Die enge Zusammenarbeit mit den jüdischen Gemeinden im Land und deren Unterstützung bleibt eine wichtige Aufgabe. Die Arbeit des Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus nimmt hierbei eine zentrale Rolle ein. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern fordert die Landesregierung deshalb auf, die Arbeit der Akteurinnen und Akteure in diesem Bereich und des Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus weiter zu unterstützen.

4. Mecklenburg-Vorpommern ist eine offene und plurale Gesellschaft. Der Landtag tritt deshalb allen demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Haltungen, Bestrebungen und Strukturen entschieden entgegen. Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit zu fördern und Extremismus zu verhindern, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für deren Gelingen staatliche und politische Institutionen sowie die Zivilgesellschaft gemeinsam die Grundlagen schaffen müssen. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern unterstützt deshalb die weitere Stärkung der politischen Bildung und fordert die Landesregierung in diesem Zusammenhang auf, eine intensive Verzahnung ihrer bereits bestehenden umfassenden Aktivitäten mit dem kürzlich vom Bundesministerium des Innern auf den Weg gebrachten Aktionsplan gegen Rechtsextremismus zu prüfen.

Julian Barlen und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion

Begründung:

Anschläge, wie der auf die jüdische Synagoge in Halle im Jahr 2019, haben deutlich vor Augen geführt, dass der Kampf gegen Antisemitismus weiterhin zentral und notwendig bleibt. Die erfassten Kriminalstatistiken zum Ausmaß rechter, rassistischer und antisemitisch motivierter Gewalt verdeutlichen uns auf erschreckende Art und Weise, wie wehrhaft unsere Demokratie sein muss – für ein menschliches und wertschätzendes Miteinander.

Es muss unmissverständlich klar sein, dass wir gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit keinen Millimeter Raum in unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung geben. Daher müssen wir mit Prävention, Information und niedrigschwiligen Angeboten politischer Bildung dafür sorgen, dass Menschen erst gar nicht zu Opfern von Diskriminierung werden. Wenn es dennoch dazu kommt, muss Solidarität, Unterstützung und Aufarbeitung selbstverständlich sein, denn auch im Alltag ist Antisemitismus und Rassismus auf vielen Ebenen nach wie vor gegenwärtig. Ganz aktuell zeigen die völlig inakzeptablen Gleichsetzungen von Gegnern demokratisch fundierter staatlicher Maßnahmen mit Opfern der Verfolgung durch die Nationalsozialisten, wie wichtig die fortwährende Auseinandersetzung und das öffentliche Sprechen über dieses Thema sind.

Dies unterstreicht auch die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 21. Januar 2022 verabschiedete Resolution gegen die Leugnung des Holocausts. Mit dem Beschluss der von Israel und Deutschland verfassten Resolution einigte sich die UNO auf eine klare Definition der Leugnung des Holocausts. Alle Nationen werden aufgefordert, aktiv Maßnahmen zu ergreifen.

Dass jüdisches Leben selbstverständlich zu Mecklenburg-Vorpommern gehört, haben im letzten Jahr die vielen Veranstaltungen im Rahmen des Festjahres „1 700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ unterstrichen. Die Vielfalt jüdischen Lebens in unserem Land sichtbar zu machen ist nicht nur eine Aufgabe im Rahmen etablierter Gedenktage, sondern ist zum selbstverständlichen Bestandteil in den Angeboten der politischen und der historisch-politischen Bildung in unserem Land geworden. Die Auseinandersetzung bleibt eine Daueraufgabe, die auf breiter Ebene insbesondere in der politischen Bildungsarbeit und in der Gedenkstättenarbeit umgesetzt werden muss.